

## Service Public weiterhin am Limit – Kantonsrat lehnt vollen Teuerungsausgleich ab

Die rechts-bürgerliche Mehrheit des Luzerner Kantonsrats entschied sich am heutigen Morgen dazu, den Forderungen seines Personals nicht zu folgen. Die über 5'000 Unterstützer:innen der Petition für einen vollen Teuerungsausgleich werden enttäuscht. Leidtragende sind die Angestellten des öffentlichen Dienstes und die Luzerner Bevölkerung.

Am 16. Oktober reichten 14 Luzerner Personalverbände und Gewerkschaften sowie die Arbeitsgemeinschaft Luzerner Personalverbände die Petition für einen Teuerungsausgleich im Service Public des Kantons Luzern ein. Über 5'000 Personen hatten die Petition unterschrieben und mindestens 3.6% generelle Lohnerhöhungen für das Personal des Kantons gefordert. Damit soll die massive Teuerung der Jahre 2022 und 2023 ausgeglichen werden, und ein Reallohnverlust verhindert werden. Eine vernünftige Massnahme, um die Personalsituation im Kanton zu verbessern. Denn je länger je mehr drohen Lücken in der Gesundheitsversorgung, Lehrkräftemangel, längere Wartezeiten bei Verwaltung und Gerichten sowie schlechtere Betreuung im Sozialwesen. Die Hoffnung, das Kantonsparlament würde sich zu Gunsten der Menschen entscheiden, welche tagtäglich den Kanton am Laufenden halten, wurde jedoch enttäuscht.

Der Kantonsrat lehnte während der Budgetdebatte den Antrag für einen vollen Teuerungsausgleich heute Morgen, am 24. Oktober, mit 76 zu 25 Stimmen mit einer unglaublichen Vehemenz ab. Ein fragwürdiges Zeichen an die Angestellten des öffentlichen Dienstes in Zeiten des Fachkräftemangels und zusehends höherer Preise. Dabei verzichteten die Fraktionen der Mitte und der FDP gar auf eine Begründung für ihre Ablehnung. Die Personalverbände und Gewerkschaften im Service Public bedauern dieses Schweigen und die Ablehnung des vollen Teuerungsausgleichs.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Samuel Zbinden, Vorstandsmitglied VPOD Luzern, samuel.zbinden@jungegruene.ch



HSLU DVD



BVL

